

WS2 – „Politikvorschläge für eine Wirtschaft ohne Wachstum – politische Handlungsoptionen aus Postwachstumsperspektive“

Leitung: Dr. Steffen Lange (Institut für ökologische Wirtschaftsforschung) und Kai Kuhnenn (Konzeptwerk Neue Ökonomie)

Workshopankündigung: <http://fokus-wachstumswende.de/politik-ohne-wachstum-politische-handlungsoptionen-aus-postwachstumsperspektive/>

Protokollant*innen: Laura und Philip (Hinweis: Die Mitschriften der Workshops wurden vom Team des Projekts Fokus Wachstumswende für eine bessere Lesbarkeit überarbeitet und vereinheitlicht.)

Teilnehmer*innenzahl: ca. 40 Personen

KONTROVERSE DISKUSSIONSPUNKTE

Die Leitfrage des Workshops war, ob die Politikvorschläge der Zivilen Enquete hinsichtlich Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit und sozialen Gerechtigkeit eine gute Alternative zu den Forderungen aus dem AfD-Wahlprogramm darstellen. Dies wurde in Kleingruppen jeweils zu den einzelnen Politikbereichen kontrovers diskutiert. Dabei wurde unter anderem die Frage aufgeworfen, ob die Vorschläge der Postwachstumsvertreter*innen im Vergleich zu denen der AfD nicht zu theoretisch und abstrakt seien. Hinsichtlich der Anschlussfähigkeit der Forderungen wurde zudem diskutiert, ob sie auch bei den Menschen Anklang finden, für die ökologische Themen nicht im Vordergrund stehen. Einige Teilnehmer*innen zweifelten außerdem an, dass die Menschen offen für die teils radikalen Forderungen der Postwachstumsbefürworter*innen seien. Im Vergleich dazu erscheinen die Politikvorschläge der AfD wie eine Fortführung der bisherigen Politik.

WICHTIGSTE ERGEBNISSE

Sozialsysteme:

- Während die AfD keine tiefgreifenden Reformvorschläge für die sozialen Sicherungssysteme vorlegt, sondern Migration verhindern sowie private und betriebliche Altersvorsorge stärken möchte, plädiert die Zivile Enquete für eine Sozialversicherung für alle, die ihre Einkünfte sowohl aus Lohn- als auch aus Kapitaleinkommen generiert, und den Herausforderungen des demographischen Wandels durch Umverteilung begegnen möchte. Sie spricht sich darüber hinaus für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus, wohingegen die AfD die Grundsicherung an erbrachte Erwerbstätigkeit koppelt. Eine Gemeinsamkeit liegt in der Forderung, Erziehungszeiten bei den Rentenansprüchen zu berücksichtigen.

Arbeit:

- Mit der Befürwortung des Mindestlohns und der Forderung nach einer Obergrenze für Leiharbeit ähneln die Vorschläge der AfD linken Positionen. Bei genauerem Hinsehen verbergen sich dahinter allerdings Maßnahmen zur Sicherung der individuellen Markteinkommen und keine solidarischen Absichten. Im Gegensatz dazu schlägt die Zivile Enquete grundlegende Veränderungen wie eine Arbeitszeitverkürzung, ein bedingungsloses Grundeinkommen sowie vermehrte Peer-Production und Commons-basiertes Wirtschaften vor. Dies soll gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Leben ermöglichen.

Klima- & Umweltpolitik:

- In der Klima- und Umweltpolitik unterscheiden sich die Politikvorschläge von AfD und der Zivilen Enquete drastisch, denn Erstere leugnen den Klimawandel und fordern den Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen sowie eine Umkehr der Energiewende. Die Zivile Enquete strebt hingegen eine im Vergleich zum Status Quo ambitioniertere Klima- und Umweltpolitik an. Gemäß den Vorstellungen der Postwachstumsvertreter*innen sollen Ressourcen- und Energieverbrauch durch Begrenzungen und Steuern deutlich reduziert werden. Außerdem fordert die Zivile Enquete den Abbau umweltschädlicher Subventionen. Sie schreibt dem Staat eine große Rolle im Klima- und Umweltschutz zu, während die AfD staatliche Interventionen ablehnt.

Steuern:

- Die Gegensätze hinsichtlich der Klima- und Umweltpolitik schlagen sich auch in den Vorschlägen zur Steuerpolitik nieder, denn die Befürworter*innen einer Postwachstumsökonomie sehen ökologische Steuern als zentrale Instrumente zur Reduzierung des Naturverbrauchs. Außerdem plädieren sie für eine stärkere Umverteilung mithilfe von Vermögens-, Kapitalertrags und Erbschaftssteuer. Die AfD lehnt beides ab. Sie will das Steueraufkommen senken und vor allem aus Lohneinkommen sowie der Mehrwertsteuer generieren. Zudem fordert die AfD eine Vereinfachung des Steuersystems und will mit ihrer Steuerpolitik vor allem Familien und den Mittelstand fördern. In ihrer Forderung zur Schließung von Steueroasen und der Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen sind sich AfD und Zivile Enquete einig, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

Verkehr:

- Auch die verkehrspolitischen Maßnahmen der Zivilen Enquete sollen eine Verringerung ökologischer und sozialer Schäden herbeiführen. Genannt werden Verkehrsvermeidung, Förderung von Rad- sowie öffentlichem Nahverkehr, steuerliche Internalisierung der Umweltkosten oder ein Tempolimit. Die AfD spricht sich wiederum gegen eine „ideologisch gelenkte“ Verkehrspolitik aus und lehnt Forderungen wie die der Postwachstumsbefürworter*innen strikt ab.

Landwirtschaft:

- Auf den ersten Blick decken sich die Vorschläge hinsichtlich der Landwirtschaftspolitik zum Teil. Ein Beispiel ist der Tierschutz oder die Förderung der regionalen Landwirtschaft. Im Gegensatz zur Zivilen Enquete beabsichtigt die AfD jedoch keine ökologischere Ausgestaltung der Lebensmittelproduktion, sondern ist exkludierend oder gar antisemitisch und antimuslimisch motiviert.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Vorschläge der AfD und der Zivilen Enquete unterscheiden sich größtenteils deutlich, denn die Maßnahmen der Zivilen Enquete sollen eine ökologischere Wirtschaftsweise herbeiführen, wohingegen die AfD den Klimawandel leugnet und staatliche Interventionen auf ein Minimum begrenzen will. Nicht nur in ökologischer, sondern auch in sozialer Hinsicht unterscheiden sich die Politikvorschläge von AfD und Ziviler Enquete sehr drastisch. Während die Vorschläge der AfD einer Fortsetzung neoliberaler Politik, beispielsweise in den Bereichen Sozialsysteme, Steuern oder Verkehr, gleichkommen, dienen die grundsichernden und umverteilenden Maßnahmen der Postwachstumsbefürworter*innen vor allem dem Gemeinwohl. Zudem streben sie eine international solidarische Wirtschaftsweise an, während die Politik der AfD exkludierend wirkt. Dort, wo sich die Maßnahmen zu ähneln scheinen, beispielsweise in der Landwirtschaftspolitik, sind bei genauerem Hinsehen unterschiedliche Absichten deutlich erkennbar.

Letztendlich waren sich die Teilnehmer*innen einig, dass die Vorschläge der Zivilen Enquete eine gute Alternative zu den Forderungen der AfD darstellen. Aus der Gegenüberstellung wurden im nächsten Schritt Verbesserungen der Kommunikation und Formulierungen der Postwachstumsvertreter*innen abgeleitet:

- Leichtere Sprache
- Kommunikation positiver Emotionen
- Ansprache der Gefühlsebene ohne Abgleitung in Populismus
- Offener Umgang mit Unsicherheit
- Betonung der Vorteile von Umverteilung
- Formulierung einer inklusiven Vision
- Kommunikation der Werte der Postwachstumsbefürworter*innen
- Aufrechte, am Menschen orientierte Politik

PERSÖNLICHES FAZIT

Aus dem Vergleich der beiden Programme haben wir mitgenommen, dass die AfD auf drängende Fragen der ökologischen und sozialen Gerechtigkeit keine Antworten präsentiert, wohingegen die Zivile Enquete diesbezüglich umfassende Vorschläge macht. Jedoch müssen diese Forderungen einer breiten Öffentlichkeit in leichter Sprache und in positiven Bildern vermittelt werden.